

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 24. März 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Richtige Entlastungspakete gegen die Energiepreis-
Explosion“**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Richtige Entlastungspakete gegen die Energiepreis-Explosion“

Was Autofahrer vor einigen Monaten noch für unmöglich hielten, ist jetzt Realität. Die Ereignisse rund um den Ukraine-Krieg haben den Spritpreis in Österreich auf ein Allzeithoch steigen lassen. Teilweise haben die Preise für Benzin und Diesel schon die magische 2 Euro-Marke geknackt – und dies nicht nur auf Autobahntankstellen! Eine dauerhafte Entspannung der Lage ist nicht in Sicht.

Die in den vergangenen Monaten ohnehin ständig steigende Inflationsrate (im Februar 2022 bei 5,9 % - höchster Wert seit 1984) ist nicht zuletzt vor allem auf die explodierenden Energiepreise zurückzuführen. Besonders leiden darunter die Pendler, deren Anteil im Burgenland äußerst hoch ist: Rund 133.000 Personen haben ihren Arbeitsplatz nicht in der Wohnsitzgemeinde. Dabei sind sie aufgrund der ländlichen Struktur sowie der unzureichenden Verkehrsinfrastruktur in den südlichen Bezirken in erster Linie auf das Auto angewiesen, um in die Arbeit zu kommen.

Nun hat die schwarz-grüne Bundesregierung eine Senkung der Erdgas- und der Elektrizitätsabgabe angekündigt. Weiters sollen das Pendlerpauschale bis 30. Juni 2023 um 50 Prozent erhöht und der Pendlereuro vervierfacht werden. Im Gegenteil werden durch die Einführung des sogenannten „CO₂-Preises“ ab 1. Juli 2022 die Autofahrer abermals zur Kasse gebeten, indem der Liter Benzin um etwa 8 Cent und der Liter Diesel sogar um 9 Cent teurer wird. Das verdeutlicht, dass es der sogenannten „ökosozialen Steuerreform“ an einer sozialen Komponente fehlt. Die Stimmen nach einer Verschiebung des CO₂-Preises werden allerdings immer lauter. Angesichts der aktuellen Preisexplosion muss der „CO₂-Preis“ also komplett gestrichen und nicht nur verschoben werden!

Die Freiheitlichen stellen sich als einzige Partei wirklich hinter die Bevölkerung und fordern eine sofortige Steuersenkung auf Treibstoff und Energie, die sich unmittelbar in der Geldbörse auswirkt. Maßnahmen wie die Mehrwertsteuer-Halbierung auf Treibstoffe, Strom, Gas und Öl, eine Reduktion der Mineralölsteuer, ein bundesweiter Heizkostenzuschuss von € 300,- und eine Energiepreis-Deckelung bei allen öffentlichen Energieversorgern sind das Gebot der Stunde.

Nicht tatenlos zusehen sollte dabei das „Pendlerland“ Burgenland in Bereichen, wo es selbst Unterstützungen gewährt. Für die rote Alleinregierung im Burgenland war sparsames Wirtschaften von Beginn an ein Fremdbegriff. Jetzt kann sie beweisen, dass sie sich auch hinter die braven Arbeitnehmer stellt, für welche der tägliche Weg mit dem Auto in das Büro bald nicht mehr leistbar ist. Daher sollten so rasch wie möglich folgende Maßnahmen beschlossen werden:

- Derzeit steht allen Landesbediensteten ab einer Entfernung von 11 Kilometern vom Wohnort zur Dienststelle ein monatlicher Fahrtkostenzuschuss in Höhe von € 1,39 pro Kilometer Wegstrecke zu. Der Betrag ist mit einer Wegstrecke von 80 Kilometern gedeckelt. Unter Wahrung der geltenden Voraussetzungen für das Bestehen des Anspruches sollte die Höhe dieses Fahrtkostenzuschusses verdoppelt werden.
- Das gleiche muss natürlich für den generellen Fahrtkostenzuschuss des Landes Burgenland gelten, der im Wege der Arbeitnehmerförderung allen Personen gewährt wird, welche einen Hauptwohnsitz im Burgenland haben, eine Wegstrecke von mindestens 20 Kilometern zum Arbeitsplatz haben und welchen die Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels unzumutbar ist. Aktuell wird gestaffelt nach Kilometern ein jährlicher Basisbetrag zwischen € 117,- und € 438,- sowie € 2,- pro zusätzlich gefahrenem Kilometer bis zu einer Gehaltsgrenze von € 3.319,- (Alleinverdiener) bzw. € 5.311,- (Familie) ausbezahlt. Eine Verdoppelung dieser Förderungen wäre angesichts der extrem hohen Spritpreise keinesfalls ungerechtfertigt.

Zusammenfassend ist in Anbetracht der Explosion der Energiepreise ein rasches Handeln der öffentlichen Hand geboten. Die Kosten für den Weg in die Arbeit dürfen kein Hindernis werden, um sich das Leben leisten zu können. Niemand sollte davor Angst haben müssen, den nächsten Winter in einer kalten Wohnung zu verbringen. Es braucht daher sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene „richtige“ Entlastungspakete, die dem Energiepreis-Wahnsinn ein Ende setzen!

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird angesichts der extrem hohen Energiepreise aufgefordert,

1. an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge anstatt der Einführung des CO₂-Preises
 - a) eine Mehrwertsteuer-Halbierung auf Treibstoffe, Strom, Gas und Öl sowie eine Reduktion der Mineralölsteuer,
 - b) einen bundesweiten Heizkostenzuschuss von € 300,-, und
 - c) eine Energiepreis-Deckelung bei allen öffentlichen Energieversorgern, so rasch wie möglich umsetzen;
2. in seinem eigenen Wirkungsbereich
 - a) den Fahrtkostenzuschuss für alle Landesbediensteten, und
 - b) den generellen Fahrtkostenzuschuss im Wege der Arbeitnehmerförderung, im Sinne der Antragsbegründung zu verdoppeln.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.